

Mittwoch, 04. August 2021



Klarer Kurs, katholischer Journalismus

Anmelden Archiv Mobil Abo E-Paper Newsletter

Suchbegriff eingeben

Aktuell Lebensschutz Christenverfolgung Wirtschaft

BERLIN

Linnemann: "Die Union war immer die Familien-Partei"

Carsten Linnemann, Vize der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, will Familienleistungen besser organisieren.



Karl-Heinz van Lier

02. August 2021 13:00 Uhr



"Wir müssen familienfreundlich sein und gezielt diejenigen zu uns holen, die arbeiten wollen, arbeiten können und bereit sind, unsere Regeln zu respektieren und einzuhalten", meint Carsten Linnemann. Foto: Kay Nietfeld (dpa)

Herr Linnemann, Deutsche-Bank-Chef Christian Sewing malt ein düsteres Bild von der Entwicklung der Wirtschaft: „Wir nehmen es zu selbstverständlich hin, dass wir zwar ein attraktiver Absatzmarkt sind, aber die Wertschöpfung zunehmend woanders erfolgt.“ Schließen Sie sich dieser Einschätzung an?

Darauf weise ich seit langem hin: Wir leben von der Substanz. Das ist gefährlich, weil es sich für viele anfühlt, als liefe alles gut. Die Pandemie hat die Wunden offengelegt: Der Staat ist vielfach überfordert, bei der Verwaltungsdigitalisierung sind wir weit hinter unseren Möglichkeiten. Die bürokratischen Auflagen erschweren das Leben von Bürgern und Unternehmen, statt es ihnen zu erleichtern. Beim Steuersystem gehören wir unter den Industriestaaten zu den Unattraktivsten. Im Wettbewerb mit China und den USA werden wir so nicht aufholen können.

Was läuft falsch?

Es kann nicht sein, dass in vielen deutschen Behörden das Fax und der Postbriefkasten die Standard-Kommunikationsmittel sind. Es muss uns gelingen, bis zum Ende der Legislaturperiode die meisten Verwaltungsvorgänge für Bürger und Unternehmen zu digitalisieren. Dabei brauchen wir eine konzertierte Aktion von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen. Es geht nicht, dass jeder vor sich hinwurschtelt und immer auf den anderen zeigt, wenn was nicht klappt. Wir brauchen die Hilfe von Profis aus der Wirtschaft. Auch Corona hat gezeigt, wo die Wirtschaft mit ihrem Know-How eingesetzt wurde, etwa in Schleswig-Holstein bei der Impfterminvergabe, hat es funktioniert.

Lesen Sie auch **DER POLITISCHE KAMPF UM DIE DEFINITION DES FAMILIENBEGRIFFS**



Blick in die Wahlprogramme: Das verstehen die Parteien unter Familie. Ein Begriff schillert in zahlreichen Bedeutungen.

Glauben Sie, dass der Mangel an Facharbeitern ein limitierender Faktor für eine prosperierende Wirtschaft ist?

"Der Fachkräftemangel ist ein Problem. Das erlebt jeder, der Handwerker braucht. Deshalb wird die Union auch das Einwanderungsrecht nochmals verändern"

Der Fachkräftemangel ist ein Problem. Das erlebt jeder, der Handwerker braucht. Deshalb wird die Union auch das Einwanderungsrecht nochmals verändern. Wir müssen über die Botschaften, aber auch über staatlich unterstützte Einrichtungen wie Auslandsschulen und Goethe-Institute offensiver für Studium und vor allem für Ausbildungen in Deutschland werben. Woanders haben Jugendliche keine Perspektive und bleiben mit ihren Kompetenzen auf der Strecke; bei uns werden händeringend motivierte junge Leute gesucht.

Würden Sie die Ursache für den leer gefegten Arbeitsmarkt auch in fehlenden Geburten sehen? Wäre die Devise von Jürgen Rüttgers „Kinder statt Inder“ mittelfristig zielführender gewesen?

Das Schlagwort kann nicht sein „Kinder statt Inder“ – das hat Rüttgers auch nie so gesagt, sondern es war eine Verkürzung in der Überschrift einer Lokalzeitung. Es muss lauten: „Kinder und Inder“. Wir müssen familienfreundlich sein und gezielt diejenigen zu uns holen, die arbeiten wollen, arbeiten können und bereit sind, unsere Regeln zu respektieren und einzuhalten.

Was halten Sie von einer Familienpolitik, die bei jungen Menschen Anreize setzt, eine Familie zu gründen?

Die Union war immer die Familienpartei. Auch im aktuellen Regierungsprogramm haben wir viele Vorschläge, um Familien zu stärken. Eine Forderung der Mittelstandsunion war die Erhöhung des Grundfreibetrags für Kinder, damit Kinder steuerlich gleich viel wert sind wie Erwachsene. Dies ist jetzt Teil des Wahlprogramms. Auch will die Union haushaltsnahe Dienstleistungen stärker berücksichtigen. Das würde vielen Familien helfen. Insgesamt wollen wir die zahlreichen Familienleistungen besser organisieren, so dass auch Familien schneller und leichter drankommen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass für Familien das erste selbst genutzte Eigenheim weitgehend von der Grunderwerbsteuer befreit wird. Das Wort „Familien“ kommt im Regierungsprogramm der Union 61 mal vor. Daran sieht man, wie wichtig uns dieses Thema ist.



Der Arbeitsmarkt für Erzieherinnen in Krippen ist leergefegt und die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verschärft diesen Mangel. Der von der Politik vorangetriebene Ausbau der Kitaplätze wird den Stress in Kitas weiter auf einem hohen Niveau halten. Eine Bertelsmann-Studie hat die Qualität der Betreuung in der Mehrheit der Krippen als defizitär beurteilt. Wäre es nicht an der Zeit, über neue Wege der

Kinderbetreuung nachzudenken?

Ich finde, dass zunächst der Beruf des Erziehers attraktiver werden muss. Warum bekommt ein Azubi in der Industrie teilweise 800 bis tausend Euro in der Ausbildung, während jemand, der Erzieher werden will, sogar noch Schulgeld bezahlen muss? Aber wir sollten auch die Anreize stärken, dass Eltern nach der Geburt ihrer Kinder noch bessere Möglichkeiten bekommen, Familie und Beruf zu vereinbaren. Deshalb wollen wir das Elterngeld mit weiteren Partnermonaten auf 16 Monate ausdehnen.

Die Printausgabe der Tagespost vervollständigt aktuelle Nachrichten auf die-tagespost.de mit Hintergründen und Analysen.

Hier kostenlos erhalten!

📧 📱 📄 🖨️ Ihre Meinung zu diesem Thema [zur Startseite](#)



Weitere Artikel



Linnemann: Union will Familien stärker unterstützen

Die Union war immer die Familienpartei, meint der Vorsitzende der Mittelstandsunion, Carsten Linnemann. [mehr](#)



Ein Ornament der Politik

Warum die Debatte um die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz überflüssig wie ein Kropf ist. [mehr](#)



Bundestag debattiert Suizidhilfe

Orientierungsdebatte im Parlament offenbart weit auseinanderliegende Positionen. [mehr](#)

DIE TAGESPOST

Abo bestellen
Geschenkabo
Artikel-Archiv
AGB
Datenschutz
Sitemap

Anzeigen

Media-Daten
Ansprechpartner
Bankverbindung
Sonderthemen
Kleinanzeigen
Werben im Internet

Kontakt

Kontakt
Impressum

